

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Strategie für die Internationale Digitalpolitik der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	2
I. Wir schützen Demokratie und Freiheit im digitalen Raum	2
Wir schützen die Grund- und Menschenrechte, online wie offline	2
Wir treten für ein globales, offenes, freies und sicheres Internet ein	3
Wir intensivieren wertebasierte Technologiepartnerschaften	4
II. Wir schaffen Wohlstand in einer globalisierten digitalen Wirtschaft	4
Wir fördern menschenzentrierte und innovationsfreundliche Regeln	4
Wir unterstützen vertrauenswürdige und sichere grenzüberschreitende Datenflüsse	5
Wir gestalten internationale Normen und Standards aktiv mit.....	5
III. Wir setzen uns für die Nachhaltigkeit und Resilienz unserer digitalen Gesellschaften ein	6
Wir stärken eine sichere und nachhaltige globale digitale Infrastruktur.....	6
Wir mindern Risiken in Technologie-Wertschöpfungsketten	6
Wir nutzen die Digitalisierung zur Bewältigung globaler Herausforderungen	7

Einleitung

Das globale Digitalzeitalter eröffnet enorme Möglichkeiten, stellt aber alle Akteure auch vor Herausforderungen. Die politische und wirtschaftliche Stärke sowie die militärischen Fähigkeiten von Staaten sind zunehmend von ihren Möglichkeiten abhängig, auf digitale Technologien zuzugreifen und diese zu nutzen und weiterzuentwickeln. Globale und vernetzte digitale Technologien erfordern zugleich neue Formen der internationalen Zusammenarbeit und Steuerung.

Die Bundesregierung trägt diesem Umstand mit einer aktiven und kohärenten internationalen Digitalpolitik Rechnung. Wir begreifen die internationale Digitalpolitik als strategisches Handlungsfeld für die Wahrung unserer Interessen und Förderung unserer Werte. Sie ist eng verwoben mit unseren außen-, sicherheits-, verteidigungs-, wirtschafts-, entwicklungs-, klima-, umwelt- und gesellschaftspolitischen Zielen. Zudem stellt die EU einen wichtigen Handlungsrahmen und Multiplikator für unsere internationalen digitalpolitischen Ziele dar.

Als Bundesregierung streben wir eine globale digitale Ordnung an, die Demokratie und Freiheit, Wohlstand sowie Nachhaltigkeit und Resilienz fördert. Hierzu haben wir uns auf folgende gemeinsame handlungsleitende Grundsätze verständigt:

- Wir schützen die Grund- und Menschenrechte, online wie offline.
- Wir treten für ein globales, offenes, freies und sicheres Internet ein.
- Wir intensivieren wertebasierte Technologiepartnerschaften.
- Wir fördern menschenzentrierte und innovationsfreundliche Regeln für den digitalen Raum.
- Wir unterstützen vertrauenswürdige und sichere grenzüberschreitende Datenflüsse.
- Wir gestalten internationale Normen und Standards aktiv mit.
- Wir stärken eine sichere und nachhaltige globale digitale Infrastruktur.
- Wir mindern Risiken in Technologie-Wertschöpfungsketten.
- Wir nutzen die Digitalisierung zur Bewältigung globaler Herausforderungen.

Die Strategie für die Internationale Digitalpolitik stellt den Handlungsrahmen für die internationale Digitalpolitik der Bundesregierung dar. Sie fügt sich ein und steht in Beziehung zu unseren ambitionierten technologiepolitischen Zielen, welche wir uns insbesondere in der *Digitalstrategie*, *Datenstrategie*, *KI-Strategie*, *Klimaaußenstrategie*, *Gigabitstrategie*, *Fachkräftestrategie*, *Raumfahrtstrategie*, *Zukunftsstrategie* und *Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie* sowie ressortspezifischen Strategien gegeben haben. Diese Strategie ergänzt zudem Deutschlands internationale Positionierung, die unter anderem in der *Cybersicherheitsstrategie* und der *China-Strategie* niedergelegt ist. Sie deckt sich mit unserem Verständnis integrierter Sicherheit der *Nationalen Sicherheitsstrategie*, mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen als Richtschnur für die nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung weltweit sowie mit den Zielen für den Menschenrechtsschutz im digitalen Wandel, niedergelegt im Aktionsplan Menschenrechte der Bundesregierung.

Die vorliegende Strategie ist Auftakt und Grundlage zur Verstärkung unseres Engagements in der internationalen Digitalpolitik. Wir wollen innerhalb der Bundesregierung auf allen Ebenen noch enger zusammenarbeiten, politischen Handlungsbedarf früher erkennen und Stakeholder weiterhin intensiv in die Planung und Umsetzung unserer internationalen Digitalpolitik einbeziehen.

I. Wir schützen Demokratie und Freiheit im digitalen Raum

Wir schützen die Grund- und Menschenrechte, online wie offline

Die Bundesregierung achtet, schützt und fördert die Grund- und universellen Menschenrechte. Neben Frauen, Kindern und Jugendlichen, älteren Menschen sowie Menschen im Kontext von Flucht und Krisen, wollen wir marginalisierte Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ+-Personen, besonders schützen und fördern. Alle Menschen sollen sich im digitalen Umfeld sicher und frei bewegen können.

Als Bundesregierung positionieren wir uns aktiv gegen staatliches und nicht-staatliches Verhalten im digitalen Raum, das Grund- und Menschenrechte oder demokratische Grundordnungen untergräbt. Dies umfasst die Rechte auf Privatsphäre und Datenschutz als hohe Güter in digitalen Gesellschaften, die untrennbar mit weiteren grundlegenden Rechten verbunden sind. Wir setzen uns weltweit dafür ein, dass Völkerrecht auch im Cyberraum respektiert und eingehalten wird.

Wir engagieren uns in allen relevanten multilateralen und Multi-Stakeholder-Foren. Wir unterstützen zudem die Zivilgesellschaft bei ihrem weltweiten Einsatz für die Verteidigung der Menschenrechte im digitalen Raum. Wir verfolgen eine Politik der Abrüstung im digitalen Raum und geben Überwachungstechnologien nicht an repressive Regime weiter. Digitale Technologien können gleichzeitig eine Schlüsselrolle dabei spielen, Menschenrechtsverstöße aufzudecken und zivilgesellschaftliches Engagement zu ermöglichen.

Wir wollen Freiheitsräume in der digitalen Welt erhalten, erweitern und neu erschließen. Hierzu wirken wir Netzsperrern, Internetabschaltungen und Zensur politisch und mit technischen Maßnahmen entgegen. Die Zunahme von Desinformationskampagnen als strategisches Instrument demokratiefeindlicher Akteure, illegitime ausländische Einflussnahme, anlasslose und grundrechtswidrige Überwachung und Datenmissbrauch sowie Hassrede im Netz beschädigen den demokratischen Diskurs und das Vertrauen in den Rechtsstaat. Zur Abwehr solcher Gefahren setzen wir uns für ein systematisches, koordiniertes und evidenzbasiertes Vorgehen insbesondere mit unseren EU-Partnern sowie in internationalen Gremien, zum Beispiel innerhalb der Gruppe der Sieben (G7), der Freedom Online Coalition (FOC), des Europarats und der Vereinten Nationen (VN), ein. Dabei orientieren wir uns an der Nationalen Cybersicherheitsstrategie, um unter Einbindung von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft für Deutschland eine resiliente Sicherheitsarchitektur zu schaffen, ein höchstmögliches Schutzniveau gegen staatliche und nicht-staatliche Cyberangriffe bis hin zu Cyberterrorismus zu erreichen und Cyberkriminalität in jeglicher Form effektiv zu bekämpfen.

Wir treten für ein globales, offenes, freies und sicheres Internet ein

Die Bundesregierung tritt für ein globales, offenes, freies und sicheres Internet ein. Ein solches Internet ist Motor für Innovation, Kooperation, Teilhabe, Nachhaltigkeit sowie wirtschaftliche Entwicklung. Es gilt die Chancen, die das Internet bietet, zu nutzen und die digitale Kluft – insbesondere beim Zugang zum Internet – zu überwinden. Die Netzneutralität ist für uns ein übergeordnetes Prinzip im Internet-Ökosystem.

Als Bundesregierung verteidigen wir eine Internet Governance, die alle Stakeholder einbezieht. Wir unterstützen die Grundsätze der Erklärung zur Zukunft des Internets (Declaration for the Future of the Internet, DFI), in der wir uns gemeinsam mit über 70 internationalen Partnern für ein globales, offenes, freies und sicheres Internet aussprechen. Im Einklang mit diesem Ziel stärken wir das deutsche Engagement in multilateralen Gremien, einschließlich den VN und ihren Sonderorganisationen, beispielsweise der Internationalen Fernmeldeunion (International Telecommunication Union, ITU). Deutschland wird sich zudem für die Verankerung dieser Grundsätze im Global Digital Compact (GDC) der VN einsetzen. Wir intensivieren außerdem unsere digitalpolitische Zusammenarbeit mit Staaten, die sich für das Modell der Multi-Stakeholder-Governance sowie für demokratische Werte im digitalen Raum aussprechen. Wir fördern zugleich das Engagement und die Repräsentation von gleichgesinnten Partnerländern des Globalen Südens in relevanten Internet Governance-Foren sowie unseren gegenseitigen Kapazitätsaufbau und -ausbau.

Den Multi-Stakeholder-Ansatz betrachten wir als essenziell für die globale digitale Vernetzung. Ein aktives Engagement in Multi-Stakeholder-Formaten hat für uns hohe Priorität. Wir unterstützen das Internet Governance Forum (IGF) als zentrales globales Diskussionsforum für Internet Governance. Wir setzen uns neben einer Fortsetzung auch für die zeitgemäße Fortentwicklung des Mandats des IGF ein. Wir engagieren uns aktiv in der VN-Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (Commission on Science and Technology for Development, CSTD), die den Folgeprozess des VN-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (World Summit on Information Society, WSIS) koordinierend begleitet. Doppelstrukturen, die eine breite und inklusive Beteiligung von Stakeholdern in der internationalen Gremienarbeit erschweren, wollen wir vermeiden.

Das globale Internet fußt auf offenen Standards und technischer Interoperabilität. Als Bundesregierung setzen wir uns weiterhin für die zentrale Rolle und zukunftssichere Entwicklung etablierter Institutionen der technischen Internet Governance ein. Die Verwaltung der Internetressourcen durch die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) und die Weiterentwicklung des Internets durch die Internet Engineering Task Force (IETF) unterstützen wir. Wir fördern zudem national und international die Weiterentwicklung und Sicherheit von Open Source-Basistechnologien als wichtige technische Bausteine des globalen Internets und Basis digitaler Souveränität.

Wir intensivieren wertebasierte Technologiepartnerschaften

Wegen unseres wirkungsvollen, menschenzentrierten, fairen, freiheitlichen und nachhaltigen Ansatzes zur Gestaltung der Digitalisierung sind Deutschland und die EU starke Verbündete für demokratische und gleichgesinnte Partner auf der ganzen Welt. Die deutsche Unterstützung für die Ukraine bei der Abwehr des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands – auch im digitalen Raum – steht hierfür beispielhaft.

Als Bundesregierung streben wir an, uns zukünftig mit unseren Partnern in der internationalen Digitalpolitik noch enger abzustimmen und in multilateralen Gremien effizient und strategisch zu ergänzen. Dies schließt unser Engagement in der G7, der Gruppe der Zwanzig (G20), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD), im Global Partnership on Artificial Intelligence (GPAI), im Europarat, der Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO), den internationalen Finanzinstitutionen, unter anderem der Weltbank, sowie den VN, einschließlich der ITU, ein. Wir koordinieren uns hierbei eng mit den anderen EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission.

Wir bauen zudem unsere bilaterale Zusammenarbeit mit Wertepartnern aus, die wichtige politische, wirtschaftliche und regulatorische Akteure im digitalen Bereich sind. Hierbei arbeiten wir mit unseren globalen Partnern auf Augenhöhe zusammen und lassen ihre Perspektiven in unsere Vorhaben einfließen. Der Entwicklungspolitik und der digitalen Diplomatie kommen hierbei eine zentrale Rolle zu. Wir setzen außerdem auf unsere bilateralen Digitaldialoge als ein erfolgreiches Instrument zur Entwicklung und Vertiefung von Partnerschaften. Wir fördern den Wissensaustausch zu zentralen Technologiefeldern, Regulierung sowie wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen digitaler Technologien. Dabei beziehen wir Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, und technische Gemeinschaft stets mit ein.

Die Zusammenarbeit Deutschlands und der Europäischen Union (EU) mit den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) ist auch im Digitalbereich von herausgehobener Bedeutung. Wir unterstützen die Weiterführung und -entwicklung des transatlantischen Handels- und Technologierates (Trade and Technology Council, TTC) als Basis für eine starke Partnerschaft. Wir begrüßen zudem die Initiativen der EU, Kooperationsformate mit Partnern im Indo-Pazifik auf- und auszubauen, darunter der Japan-EU Rat für Digitale Partnerschaft und der EU-Indien TTC. Besonderes Augenmerk liegt auch auf unserer europäischen Nachbarschaft sowie Partnerländern auf unserem Nachbarkontinent Afrika, mit denen wir insbesondere über unsere Zusammenarbeit im „Team Europe“ eine tiefergehende Kooperation in digitalen Fragen anstreben.

II. Wir schaffen Wohlstand in einer globalisierten digitalen Wirtschaft

Wir fördern menschenzentrierte und innovationsfreundliche Regeln

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind Vorreiter bei der Schaffung eines regulatorischen Rahmens für das digitale Zeitalter. Die Integrität des EU-Binnenmarktes sichert Deutschlands digitale Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit. Die Bundesregierung fördert auch über die EU hinaus Innovation und Wettbewerb und stellt zugleich sicher, dass digitale Technologien und digitale Märkte dem Menschen dienen und breite gesellschaftliche Akzeptanz erfahren.

Wir fördern internationale Regeln, die das Potenzial digitaler Technologien zum Wohle aller ausschöpfen und gleichzeitig potenzielle Risiken minimieren. Dazu gehören unter anderem Regeln für Datenschutz, Interoperabilität und Datensicherheit, zu ethischen Herausforderungen der Technologienutzung sowie zur Schaffung guter und fairer Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in einer globalisierten digitalen Wirtschaft.

Wir setzen uns in der EU und internationalen Foren und Prozessen aktiv für innovative, sichere, vertrauenswürdige, menschenzentrierte, und nachhaltige Künstliche Intelligenz (KI) ein. Insbesondere bei neuen und disruptiven digitalen Technologien, wie der KI, unterstützen wir außerdem die Erarbeitung von Normen, Prinzipien und Standards auch in Multi-Stakeholder-Formaten. Angesichts der Geschwindigkeit technologischer Entwicklungen ergänzen freiwillige Selbstverpflichtungen unser regulatorisches Instrumentarium, das hinreichend flexibel sein muss. Das sich zuspitzende geopolitische Umfeld erhöht die Dringlichkeit, bei regulatorischen Fragen stets auch weitere, und insbesondere die sicherheits- und verteidigungspolitischen, Dimensionen zu beachten.

Die rasante Entwicklung digitaler Technologien und Geschäftsmodelle wird von einer zunehmenden Konzentration von Marktmacht begleitet. Diese droht durch aufkommende Technologien wie generative KI weiter zuzunehmen. Als Bundesregierung setzen wir uns daher auf internationaler Ebene für faire Wettbewerbsbedingungen bei der Entwicklung, Bereitstellung und Nutzung digitaler Technologien ein. Die soziale Absicherung von Arbeitnehmerinnen und -nehmern in der digitalen Wirtschaft und die Stärkung und Durchsetzung ihrer Rechte sind uns zentrale Anliegen.

Wir unterstützen zudem unsere internationalen Partner dabei, geeignete Rahmenbedingungen für den digitalen Wandel zu entwickeln. Dies umfasst insbesondere politische, soziale, rechtliche und regulatorische Fragen und Herausforderungen. Dabei fördern wir breite Beteiligungsmöglichkeiten, um digitalpolitische Entscheidungsprozesse und digitale Teilhabe so inklusiv wie möglich zu gestalten. Unser Ziel ist es, Menschen eine sichere, selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Nutzung digitaler Systeme zu ermöglichen.

Wir unterstützen vertrauenswürdige und sichere grenzüberschreitende Datenflüsse

Grenzüberschreitende Datentransfers sind fundamental für eine vernetzte digitale Wirtschaft, industrielle Wertschöpfungsnetzwerke und innovative Forschung und Entwicklung. Als Bundesregierung möchten wir, dass die EU im digitalen Zeitalter eine offene Region für Handel und Investitionen bleibt und lehnen digitalen Protektionismus, insbesondere durch ungerechtfertigte und willkürlich verhängte Datenlokalisierungsvorgaben und Einschränkungen des Datenverkehrs, ab. Wir entwickeln aktiv internationale Rahmenbedingungen mit, die vertrauenswürdige und sichere grenzüberschreitende Datenflüsse unter Wahrung europäischer Werte und Interessen ermöglichen, und setzen uns für den Abbau von Markt- und Wettbewerbsverzerrungen ein. Wir begreifen dies auch als Weg, Angebotsvielfalt und Wahlfreiheit zu erhöhen und neueste Technologielösungen zugänglich zu machen.

Verschiedene nationale Regulierungen können Hürden für grenzüberschreitende Datenflüsse darstellen. Die Bundesregierung setzt sich daher für ambitionierte internationale Vereinbarungen zu freiem Datenverkehr im gemeinsamen Interesse und unter Einhaltung der europäischen Datenschutzstandards und der EU-Grundrechte ein. In dem Zusammenhang unterstützen wir das EU-US Data Privacy Framework und setzen uns für die Erarbeitung weiterer rechtssicherer – auch sektoraler – Angemessenheitsbeschlüsse ein. Zugleich schützen wir geistiges Eigentum und Geschäftsgeheimnisse als Grundlagen unseres Wohlstandes. Wir beachten zudem stets die zunehmende sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension von Datenpolitik, wie die Notwendigkeit verbesserter Datenaustauschmöglichkeiten für Verteidigungszwecke.

In der multilateralen Zusammenarbeit, insbesondere in der G7 und G20, unterstützen wir das Konzept der freien Datenflüsse mit Vertrauen (Data Free Flow with Trust, DFFT). Wir wollen Gemeinsamkeiten, Komplementarität und Elemente der Konvergenz bestehender Regelungsansätze und -instrumente identifizieren und darauf aufbauen. Dabei treten wir auch für die Beteiligung der Datenschutzaufsichtsbehörden ein. Wir fördern insbesondere den Aufbau von Dateninfrastrukturen mit offenen Schnittstellen. Mit unseren europäischen Ansätzen für Datenräume sind wir hierbei international in einer Vorreiterrolle. Sie gewährleisten hohe Standards für Transparenz, Sicherheit, Datenschutz und Vertrauen und fördern dabei das FAIR-Prinzip (findable, accessible, interoperable, reusable) für Daten. Wir schaffen dabei gesellschaftlichen Mehrwert und stärken zugleich den Standort Deutschland, auch durch unseren Einsatz für offene Forschungsdaten.

Rechtssicherheit ist eine grundlegende Voraussetzung für Wertschöpfung in einer innovativen und zunehmend auf Datennutzung basierenden Wirtschaft. Als Bundesregierung stellen wir sicher, dass in Deutschland und der EU branchenübergreifend internationaler Handel gestärkt wird. Wir setzen uns deshalb für ein entsprechendes verbindliches internationales Regelwerk zu digitalem Handel ein. Wir unterstützen zudem die Bemühungen der EU für Regelungen zu digitalem Handel, insbesondere in Handelsabkommen. In internationalen Verhandlungen koordinieren wir uns eng mit den anderen EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission. Wir berücksichtigen auch die Herausforderungen der Länder des Globalen Südens.

Wir gestalten internationale Normen und Standards aktiv mit

Normung und Standardisierung sind entscheidend für Technologie- und Marktführerschaft sowie eine sichere Nutzung digitaler Technologien. Sie werden allerdings zunehmend strategisch und wettbewerbseinschränkend instrumentalisiert. Die Bundesregierung bekennt sich zu dem internationalen System für die Entwicklung von marktrelevanten, fairen und regelbasierten Normen und Standards. Wir fördern dabei den Multi-Stakeholder-Ansatz und wollen das System zukunftsfest machen.

Wir stärken das Fundament nationaler, europäischer und weltweiter Standardisierung im Bereich der digitalen Technologien. Unter Einbeziehung aller interessierten Kreise, einschließlich des Mittelstands und der Zivilgesellschaft, verstärken wir hierzu unsere Aktivitäten, um die deutsche Beteiligung in internationalen Standardisierungs- und Normungsgremien zu erhöhen. Wir setzen uns zudem für eine Förderung und Stärkung der Expertise im Bereich der Normung und Standardisierung, auch mit Blick auf wissenschaftlichen Nachwuchs und zivilgesellschaftliche Organisationen, ein. Standards können gerade auch im Globalen Süden Entwicklungshemmnisse

beseitigen, Innovationen anregen und das Wirtschaftswachstum nachhaltig fördern. Wir werden daher auch verstärkt den Kapazitätsaufbau von demokratischen Partnern im Bereich der Normung und Standardisierung und ihre Beteiligung in entsprechenden internationalen Prozessen unterstützen.

Eine unseren Werten entgegenstehende politische Beeinflussung und Fragmentierung von Standardisierungsprozessen lehnen wir ab. Die Bundesregierung setzt sich für die Prinzipien für internationale Standardisierung ein, die im WTO-Übereinkommen über technische Handelshemmnisse niedergelegt sind: Transparenz, Offenheit, Unparteilichkeit und Konsens, Wirksamkeit und Relevanz, Kohärenz sowie die Einbeziehung der Entwicklungsdimension. Zusätzlich fördern wir einen intensiven Austausch aller interessierten Kreise, um eine ausgewogene Normung und Standardisierung zu unterstützen.

Als Bundesregierung arbeiten wir eng mit unseren internationalen Partnern zusammen und streben eine frühzeitige Abstimmung von gemeinsamen Positionen an, um unsere Anliegen effektiv verfolgen zu können. Diese umfassen neben der Achtung von Schutzrechten auch den gemeinsamen Einsatz für die Berücksichtigung von Grundrechten in internationalen Standardisierungsprozessen. Wir setzen uns zudem für Normen und Standards für einen sparsamen Energie- und Ressourceneinsatz bei digitalen Produkten sowie für digitale Lösungen von Nachhaltigkeitstransformationen ein.

III. Wir setzen uns für die Nachhaltigkeit und Resilienz unserer digitalen Gesellschaften ein

Wir stärken eine sichere und nachhaltige globale digitale Infrastruktur

Eine sichere und nachhaltige digitale Infrastruktur ist entscheidend, um das Potenzial der digitalen Transformation zu heben. Böswillige Eingriffe in die globale, teils kritische, digitale Infrastruktur durch staatliche und nicht-staatliche Akteure stellen allerdings eine wachsende Herausforderung für die Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit von Informations- und Telekommunikationssystemen dar. Zugleich hemmt der weiterhin eingeschränkte Zugang zu digitaler Infrastruktur in Ländern des Globalen Südens ihre digitale Teilhabe und nachhaltige Entwicklung.

Die Bundesregierung stärkt daher weltweit eine sichere und nachhaltige digitale Infrastruktur und vermeidet gleichzeitig kritische Abhängigkeiten. Hierzu koordinieren wir unsere Aktivitäten eng auf nationaler und EU-Ebene sowie im Rahmen der G7 und der NATO. Gemeinsame Aktivitäten schließen den Ausbau und Schutz von Untersee-Datenkabeln, terrestrischen Glasfaserkabeln und neuen Satelliten-Konstellationen ebenso wie energie- und ressourceneffiziente Cloud- und Dateninfrastrukturen ein. Wir setzen uns zudem für den Auf- und Ausbau internationaler Verfahren, Normen und Regeln zur Koordinierung und zum Schutz des wachsenden Weltraumverkehrs in der Erdumlaufbahn ein. Wir fördern die Schaffung von resilienten Kommunikationssystemen, die geschützte Kommunikation und digitale Interaktion in multinationalen Formaten mit Verbündeten und Partnern sicher ermöglichen. Wir fördern außerdem eine sichere und zuverlässige staatliche IT-Infrastruktur, indem wir die Georedundanz weiter verbessern. Nicht zuletzt tragen wir durch eine ausgewogene internationale Frequenzpolitik unter Berücksichtigung aller Bedarfe auch dazu bei, die Digitalisierung zu fördern.

Wir arbeiten international eng zusammen, um die globale Vernetzung stetig zu erweitern. Ein zukunftsfähiger, starker, sicherer und wettbewerbsfähiger Sektor der elektronischen Kommunikation ist für die EU und ihre digitale Souveränität von größter Bedeutung. Wir setzen uns für eine unionsweite widerstandsfähige, sichere und hochwertige digitale Infrastruktur und sichere Netze ein. Die Pläne der EU, weiteren Partnern den Anschluss an bestehende Infrastrukturen sowie den Zugang zu weltraumgestützten Daten, Diensten und Produkten zu ermöglichen, befürworten wir. Wir unterstützen EU-Fördermaßnahmen, unter anderem unter der Global Gateway-Initiative, und die G7-Partnerschaft für Globale Infrastruktur und Investitionen (PGII), um eine globale digitale Infrastruktur im Sinne unserer Werte und Interessen zu skalieren. Wir arbeiten zudem mit multilateralen Partnern wie der Weltbank und den VN zusammen. Diese Initiativen ergänzen wir durch Unterstützung beim Kapazitätsaufbau in Partnerländern, etwa bei der Schaffung eines entsprechenden Regulierungsrahmens.

Wir mindern Risiken in Technologie-Wertschöpfungsketten

Der Wohlstand Deutschlands und der EU ist eng mit funktionierenden globalen Wertschöpfungs- und Lieferketten für digitale Technologien verbunden. Ziel der Bundesregierung ist es, dass auch im Bereich der Digitalisierung wirtschaftliche Verflechtungen keine nachteiligen Folgen für unsere Sicherheit haben. Um dies zu gewährleisten, werden wir entlang relevanter Wertschöpfungs- und Lieferketten Schwachstellen identifizieren und kritische Abhängigkeiten möglichst rasch abbauen. Eine möglichst geschlossene und datengestützte Kreislaufwirtschaft kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Die hohe Komplexität globaler Wertschöpfungs- und Lieferketten erfordert eine enge Zusammenarbeit und Arbeitsteilung auf EU-Ebene sowie mit Partnern und Verbündeten weltweit. Wir stimmen uns daher fortwährend auf europäischer und internationaler Ebene – sowohl in bi- als auch in multilateralen Formaten – ab, um Risiken gemeinsam zu analysieren, vorzubeugen und zu mindern. Wir unterstützen auch die Bemühungen der EU zur Erreichung dieser Ziele. Wir entwickeln zudem Maßnahmen, um diesen Risiken frühzeitig zu begegnen und wollen relevante Daten auch international noch schneller und besser zusammenführen, vergleichen und analysieren.

Um unsere Fähigkeiten und unsere Sicherheit zu schützen, wird die Bundesregierung weiterhin auch dem möglichen Abfluss von kritischen Technologien und Wissen gezielt entgegenwirken. Dazu stimmen wir uns eng mit europäischen und internationalen Partnern ab. Relevante Instrumente umfassen unter anderem zum Schutz der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit Investitionsprüfungen und Exportkontrollen, insbesondere für Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-Use). Wir streben eine erhöhte Sensibilität für Risiken von Dual-Use-Nutzung durch Drittstaaten an. Auch Forscherinnen und Forscher sollten diese Risiken bei internationalen Forschungsk Kooperationen kritisch analysieren und gemäß ihrer eigenen Verantwortung reflektiert darüber entscheiden. Deutschland und Europa sollen perspektivisch stärker von relevanten, neu entstehenden Wissensquellen profitieren können.

Wir nutzen die Digitalisierung zur Bewältigung globaler Herausforderungen

Die Bundesregierung setzt sich aktiv für die Entwicklung und die Nutzung digitaler Technologien zur Bewältigung globaler Herausforderungen ein. Wir bringen uns aktiv in die Verhandlungen des Global Digital Compact (GDC) ein, damit digitale Technologien verantwortungsbewusst und zum Nutzen aller eingesetzt werden, und gleichzeitig um jedwede digitale Kluft zu überwinden und ein sicheres und integratives digitales Umfeld zu schaffen. Zudem hat die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung für uns Priorität. Wir befürworten daher eine ambitionierte Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsziele in internationalen Foren und Gremien, unter anderem in der Digitalpolitik der VN.

Digitale Technologien können alle Länder, einschließlich Entwicklungs- und Schwellenländer, dabei unterstützen, die globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Wir setzen uns partnerschaftlich für eine entsprechende digitale Entwicklung weltweit ein. Dabei treten wir insbesondere für die Überwindung der digitalen Geschlechterkluft ein, denn gerade Frauen und Mädchen sind weiterhin von vielen Chancen der digitalen Transformation ausgeschlossen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Förderung digitaler Kompetenzen entlang der gesamten Bildungskette als zentrale Voraussetzung für die Nutzung der Chancen der Digitalisierung, etwa durch unser Engagement im Rahmen der G20 und der VN.

Wir unterstützen die Aktivitäten internationaler Organisationen zur Nutzung digitaler Technologien für die Bewältigung globaler Herausforderungen. Dazu gehören beispielsweise die Bemühungen der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) zur Pandemieprävention und -bekämpfung und die Aktivitäten der Weltorganisation für Meteorologie (World Meteorological Organization, WMO) im Bereich der Frühwarnung und Klimawandelinformation und -adaption. Ebenso befürworten wir die Schaffung digitaler öffentlicher Güter (lizenzfrei, offen, wiederverwendbar und weltweit zugänglich), unter anderem im Rahmen der VN. Wir unterstützen zudem die VN bei der Umsetzung der Strategie für die digitale Transformation der VN-Friedenssicherung und setzen uns für die gezieltere Nutzung digitaler Technologien in VN-Friedensmissionen ein.

Die nachhaltige Gestaltung digitaler Technologien ist angesichts ihres Energie- und Ressourcenbedarfs eine Notwendigkeit. Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer G7-Präsidentschaft 2022 gemeinsame Schritte zur Verbesserung der Umweltbilanz digitaler Technologien und Dienste vereinbart. Darauf bauen wir auf und setzen uns auch weiterhin international für die umwelt- und klimafreundliche Entwicklung, Produktion, Nutzung, Reparatur und Entsorgung digitaler Produkte und Dienstleistungen ein. Zugleich erkennen wir an, dass der Einsatz digitaler Technologien zur Bewältigung des Klimawandels, der Verschmutzungskrise und des Biodiversitätsverlusts beitragen kann, und setzen uns dafür ein, dieses Potenzial zu realisieren. In Internationalen Klimaverhandlungen setzen wir uns dafür ein, durch Digitalisierung bedingte CO₂-Emissionen zu senken und mit digitalen Lösungen zum Klimaschutz beizutragen.

